

Er war Feindbild der Atomgegner

Einst stellte die Kernenergie eine Hoffnungsträgerin dar, heute ist sie nicht mehr mehrheitsfähig. Einer der grossen Verfechter der Atomkraft war der Zürcher Michael Kohn. Nun beleuchtet ein neues Buch sein Leben und Wirken.

Pascal Turin

Seine rhetorische Eleganz, gewürzt mit Humor, hatte sich Michael Kohn bis ins hohe Alter bewahrt. «Diese verlor der frühere Manager eines Energiekonzerns trotz schweren Anfeindungen nie», so die «Neue Zürcher Zeitung» 2015 über den ETH-Bauingenieur. Kohn, 1925 geboren, stand damals kurz vor seinem 90. Geburtstag und lebte in einer Altersresidenz am Zürichberg.

«Der Energiepapst – Wirken, Werk und Werte von Michael Kohn» heisst ein neues Buch von Karl Lüönd, einst Chefredaktor der ehemaligen Wochenzeitung «ZüriWoche». Es wirft aus verschiedenen Perspektiven einen interessanten Blick auf den Mann, der in der Schweiz wie fast kein anderer für die Atomenergie stand.

Kohn kämpfte an vorderster Front für die Atomkraft. Denn lange galt sie als umweltschonende und moderne Energiequelle. Wasserkraftwerke waren schon vor Jahrzehnten bei Naturschützern in Verruf geraten, doch der Energiebedarf stieg. Eine mögliche Lösung stellte die Atomenergie dar. Kaum Thema war hingegen die Sicherheit der Kernkraftwerke oder die Beseitigungen der Atomabfälle.

Kohn stand unter Polizeischutz

Sein Engagement brachte Kohn die Übernamen «Energiepapst» oder «Atompapst» ein – und viele Feinde. Als Direktor des

Stadt Zürich wird Anteile an Atomkraftwerken nicht los

Die Stadt Zürich muss bis 2034 ihre Beteiligungen an Kernkraftwerken verkaufen. Das hat das Stimmvolk beschlossen. Doch das Unterfangen erweist sich als schwierig. Bisher konnte die Stadt keinen «geeigneten Käufer» finden, obwohl über 100 potenzielle Käufer weltweit und in der Schweiz angesprochen worden seien. «Sobald sich die Chancen für einen Verkauf entscheidend verbessern, werden die entsprechenden Bestrebungen wieder aufgenommen», heisst es in einer Mitteilung. (pat.)



Michael Kohn 1997 mit der damaligen deutschen Umweltministerin und heutigen Bundeskanzlerin Angela Merkel. BILD PRIVATARCHIV DR. MARIO PESARO

Elektronunternehmens Motor-Columbus AG wirkte er federführend beim geplanten Kernkraftwerk Kaiseraugst im Kanton Aargau. Kohn erlebte den Widerstand gegen die Kernenergie in den 70er-Jahren hautnah mit. Die Atomgegner schreckten nicht einmal vor Gewalt zurück und verübten 1979 einen Brandanschlag auf einen Infopavillon auf der Baustelle.

Doch auch privat musste sich Kohn fürchten. Er lebte damals in Höngg, als sein Auto in der Tiefgarage in Brand gesteckt wurde. Er stand anschliessend vorübergehend unter Polizeischutz. «Dieser bestand darin, dass Michael Kohn, wenn er abends in die Innenstadt ausging, von einem Polizisten bis zum Paradeplatz begleitet und dort mit dem Vertrauen erweckenden Rat verabschiedet wurde: (Pas- sed Si uuf!», schreibt Lüönd. Das Kernkraftwerk Kaiseraugst wurde am Ende nie gebaut, der katastrophale Super-GAU 1986 in Tschernobyl hatte die Stimmung endgültig auf die Seite der Atomkraftgegner gedreht.

Erfolgreich war Kohn hingegen mit dem Kernkraftwerkprojekt in Gösgen im Kanton Solothurn. Dort hatte man die Bevölkerung besser informiert und mit dem Solothurner SP-Bundesrat Willi Rit-

Doch auch privat musste sich Kohn fürchten. Er lebte damals in Höngg, als sein Auto in der Tiefgarage in Brand gesteckt wurde.

schar einen starken Verbündeten gewonnen, der lokal verankert war. Das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken nahm 1979 den Betrieb auf – und läuft bis heute.

Energieminister Ritschard war es, der Kohn 1974 zum Präsidenten der Eidgenössischen Kommission für die Gesamtenergiekonzeption berufen hatte – trotz Protesten. Ritschard schrieb einem der Protestierenden: «Herr Ing. Kohn hat sich in der Vergangenheit darüber ausgewiesen, dass er das Energieproblem in umfassendem Sinne kennt.» Man könne ihm keine Voreingenommenheit vorwerfen, bevor auch nur ein Arbeitsergebnis vorliege.

«Michael Kohn erfüllte Ritschards Erwartungen, indem er nach vier Jahren nicht einfach einen Bericht mit bestimmten, autoritären Empfehlungen vorlegte, sondern nicht weniger als dreizehn mög-

liche Szenarien präsentierte», so Autor Lüönd, dem es gelingt, Kohn den Lesenden näher zu bringen.

Seine Wurzeln nicht vergessen

Während Kohns jüdische Wurzeln in seiner Karriere kein Thema waren, hatte er in den 1930er-Jahren in Zürich antisemitische Attacken erleben müssen. So wurden etwa die Schaufenster des Kleiderladens seines Vaters an der Langstrasse mit Plakaten beklebt, auf der die Hetzparole «Kauft nicht bei Juden!» stand. «Solche Zwischenfälle zeigten uns: Wir gehörten eben doch nicht wirklich dazu», kommentierte dies Kohn. Von 1988 bis 1992 engagierte er sich als Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds.

Kohn brachte sich ein Leben lang in die Energiepolitik ein. «Es schmerzte ihn, dass er dabei am Schluss, beim Entscheid zum Atomausstieg, auf der Verliererseite stand», sagte Lüönd im Interview mit dem jüdischen Wochenmagazin «Tachles». Kohn starb 2018 im Alter von 92 Jahren.

Karl Lüönd: «Der Energiepapst – Wirken, Werk und Werte von Michael Kohn». Verein für wirtschaftshistorische Studien, Zürich, 2020. www.pioniere.ch

Kulturama soll mehr Geld erhalten

Das Kulturama in Hottingen wurde 1978 als Museum über die Entwicklung des Menschen gegründet. Es wird seit über dreissig Jahren von Stadt und Kanton finanziell unterstützt. Der Schwerpunkt des Museums liegt in der Wissensvermittlung durch verschiedene museumspädagogische Angebote. Es versteht sich als interdisziplinäres Lernmuseum und ermöglicht seinen Besucherinnen und Besuchern einen leicht verständlichen, dem jeweiligen Vorwissen angepassten Zugang zu verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen. «Aufgrund der angebotenen lehrplanrelevanten Themen ist das Kulturama insbesondere für Schulen attraktiv», schreibt der Stadtrat in einer Mitteilung.

Durch die gestiegene Nachfrage nach den museumspädagogischen Angeboten des Kulturamas ist mit einem erhöhten Finanzbedarf des Museums zu rechnen. Der Stadtrat beantragt daher dem Gemeinderat, dem Museum Kulturama für die Jahre 2021 bis 2024 eine Erhöhung des jährlichen Beitrags um 100 000 Franken auf insgesamt 544 500 Franken zu bewilligen. Der Regierungsrat hat Ende Oktober die Erhöhung des kantonalen Betriebsbeitrags um ebenfalls 100 000 Franken auf 500 000 Franken pro Jahr beschlossen. (pd.)

Am Balgrist stehen Bauarbeiten an

Der Stadtrat hat für Kanal-, Strassen- und Werkleitungsbau sowie öffentliche Beleuchtung in der Wehrenbachhalde und dem Max-Hunziker-Weg gebundene Ausgaben in der Höhe von rund 3 Millionen Franken bewilligt. «Der Mischabwasserkanal im Projektgebiet Wehrenbachhalde/Max-Hunziker-Weg ist überlastet, und die dortigen Wasserleitungen sind alt und korrosionsgefährdet», so der Stadtrat. Das Tiefbauamt vergrössert die Kanalisationsleitungen respektive ersetzt die Leitungen, um den Gewässerschutz zu verbessern. Gleichzeitig wird die Beleuchtung erneuert. Die Bauarbeiten sollen im Herbst 2021 starten und bis Herbst 2022 dauern. (pd.)

LESERBRIEF

Es fällt schwer, an Ernsthaftigkeit zu glauben

Zum Beitrag «Aus dem Gemeinderat» von Martina Novak, «2021 werden die klimapolitischen Weichen neu gestellt», 10.12.2020

Gemeinderätin Martina Novak verspricht die Wende der klimapolitischen Zielsetzung der Stadt Zürich. Bis 2050 sollen die Treibhausgase auf 0 reduziert und die Hitzebelastung der Stadt Zürich infolge der vom Bund befohlenen Verdichtung bekämpft werden. Dadurch sollen sich Wirtschaft, Gesellschaft und Investitionen zu einer sauberen und wirtschaftlich tragbaren Lösung vereinigen lassen. Ein Widerspruch zu den bestehen Beschlüssen und Vorhaben. Die Aufnahme von 100 000 Einwohnern bis 2040 erfordert gemäss kommunalem Richtplan die Aufzoning weiterer Gebiete der Stadt Zürich. Gemäss dem emeritierten ETH-Professor Jakob Maurer erhöht sich dadurch die Ausnützungsziffer von Zürich von etwa 1 auf 2. Durch die dafür erforderlichen Bauten und Infrastrukturen entsteht pro Kopf und Jahr zusätzlich etwa eine Tonne CO₂. In der Zürcher Gemeindeordnung Art. 2ter steht, dass ein Energieverbrauch pro Person auf 2000 Watt Dauerleistung (heute 4000 bis 5000 Watt) und der CO₂-Ausstoss auf eine Tonne pro Kopf und Jahr (heute zwei bis drei Tonnen) anzustreben sind. 40 Prozent CO₂-Emissionen kommen vom Bauen, trotz Entkarbonisierung der Baumaterialien. Häuser über 25 Meter Höhe

sind nach der Bau- und Zonenordnung Hochhäuser. Sie verbrauchen durch die notwendigen statischen und technischen Einrichtungen im Schnitt 25 Prozent mehr Energie, davon sind 20 Prozent nicht erneuerbare «graue Energie». Hochhäuser müssen vom Volk bewilligt werden. Mit dem «ecoinvent»-Programm und den Angaben des Instituts für Bauökonomie der ETH kann man die CO₂-Produktion jedes Gebäudes genau berechnen. Danach vergeuden die vom Volk angenommenen beiden Hardturmhochhäuser so viel graue Energie, dass man damit Zürich West 50 Jahre lang beheizen kann. Der kürzlich angenommene Gestaltungsplan Thurgauerstrasse mit für die Ausnützung unnötigen Hochhäusern verursacht graue Energie, mit der man die 700 Wohnungen während 30 Jahren beheizen könnte. Die durch eine andere kantonale Richtplanung vermeidbaren neuen Hochhäuser des Universitätsspitals und der Universität Zürich behindern die Stadtdurchlüftung und die Hydrologie des ganzen Hanges und verursachen mit den Bautätigkeiten der ETH im Universitätsgebiet einen Mehrverbrauch an grauer Energie, mit dem man alle Haushalte der Stadt Zürich während 50 Jahren mit Wärme versorgen könnte. Vor diesem Hintergrund fällt es schwer, an die Ernsthaftigkeit einer Wende der klimapolitischen Zielsetzung und an ihre Konkretisierung neben den wirtschaftlichen Interessen und ehrgeizigen Ambitionen der Stadtregierung zu glauben.

Norbert C. Novotny, Zürich

Stadt will Verkehrssituation prüfen

Kürzlich übergab der Quartierverein Unterstrass Stadtrat Richard Wolff eine Petition mit 621 Unterschriften. Diese verlangt eine Tieferlegung der Bucheggstrasse zwischen Bucheggplatz und Wehntalerstrasse sowie die Verlängerung des Parks vom GZ Buchegg bis zur Tramstation.

«Obwohl die Unterschriftensammlung durch die Corona-Pandemie massiv erschwert wurde, konnten in den letzten zwei Monaten 621 Unterschriften für die Petition Tieferlegung der Bucheggstrasse gesammelt werden», freuten sich Andreas Aeschlimann, Co-Präsident Quartierverein Unterstrass, und Vorstandsmitglied Nicola Behrens.

Sie übergaben Stadtrat Richard Wolff (AL) die Unterschriftensammlung am Ort des gewünschten Geschehens. Die Durchgangsstrasse beeinträchtigt seit bald 50 Jahren die Lebensqualität durch Lärm und schlechte Luft. «Zudem ist die Situation am Bucheggplatz trotz verschiedener Reparaturen immer noch unbefriedigend und bedarf einer gründlichen Sanierung.» Bis 2030 soll die Tieferlegung der Bucheggstrasse zwischen Bucheggplatz und Wehntalerstrasse abgeschlossen sein und dort eine zweispurige Quartierstrasse entstehen, lautet die Forderung.

Stadtrat Wolff, Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements, wies da-



Von links: Nicola Behrens, Stadtrat Richard Wolff mit Hündin Daisy und Andreas Aeschlimann. BILD PM

rauf hin, dass die Rosengartenstrasse ein Thema bei der Stadt sei, insbesondere Sofortmassnahmen wie zum Beispiel Fussgängerstreifen. Sie würden die Rosengartenstrasse zwar als Ganzes ansehen, aber eine Verbesserung der Situation am Bucheggplatz habe einen gewissen Stellen-

wert. Die FDP-Gemeinderäte Sebastian Vogel und Hans Dellenbach haben zudem ein Postulat eingereicht, mit dem sie die Tieferlegung der Bucheggstrasse zwischen Bucheggplatz und Wehntalerstrasse verlangen. Der Vorstoss ist hängig im Gemeinderat. Pia Meier